



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 18 31-33  
Fernschreiber 0 886 890

P/XVI/181 - 14. August 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2

Brutaler Rechtsbruch

85

Schwarzer 13. August

Was gilt noch eine sowjetische Unterschrift?

Von Kurt Mattick, MdR, stellvertretender Vorsitzender des  
SPD-Landesverbandes Berlin

3 - 4

Zur Führung des Staates bereit!

91

Nach dem Deutschland-Treffen der SPD in Nürnberg

5 - 6

Ein Beispiel für Städte- und Wohnungsbau

99

Die Neue Wahr in Bremen

7 Aus dem Zeitgeschehen...

Weil er nur Volksschüler ist

36

Examen mit Auszeichnung, und trotzdem "ungeeignet"

\* \* \* \* \*

### Brutaler Rechtsbruch

Schwarzer 13. August - Was gilt noch eine sowjetische Unterschrift?

Von Kurt Mattick, MdB

Stellvertretender Vorsitzender des SFD-Landesverbandes Berlin

Sicher wird es für jeden Bürger in der Bundesrepublik schwer sein, sich ein Bild von der Lage einer Stadt zu machen, in der sechzehn Jahre nach dem Kriege, mitten in einem friedlichen Aufbauwerk, plötzlich ein Zustand entsteht, der das ganze Bild des Krieges und des Dritten Reiches bei allen, die es sehen, wieder entstehen lässt:

Seit Sonntagfrüh 2,00 Uhr ist mitten durch die Stadt eine undurchdringliche Mauer von Stacheldraht, Panzerspähwagen und anderen Militärfahrzeugen, ein Massenaufgebot von uniformierten bewaffneten Menschen mit Maschinenpistolen, Betonpfeilern mit doppeltem Stacheldraht gezogen worden. Am Brandenburger Tor ist der Stacheldraht durch eine doppelreihige Betonpfeilerkette wie in den alten Nazi-KZ's gespannt. Drehende Geschützläufe sind von dieser im Stadttinneren liegenden Mauer auf die friedlichen Bürger des Westsektors gerichtet. Die letzte Brücke zwischen beiden Teilen Deutschlands, die letzte Hoffnung der 17 Millionen, dass durch Berlin eines Tages wieder alle vereinigt werden; die letzte Zuflucht aller derer, die aus dem Druck in der Zone einen Ausweg suchen, ist gesprengt.

Willy Brandt hat einmal gesagt "wenn in Berlin die Lichter ausgehen, dann wird es dunkel in der Zone". In Berlin sind die Lichter nicht ausgegangen, aber in Berlin ist eine Mauer gezogen, durch die das Licht Westberlins nach Ostberlin und in die Zone nicht mehr dringen kann. Nun wird es dunkel in der Zone.

Offen bleibt die Frage, welche Wege unsere Verbündeten und wir selber finden, um wieder Licht in diesen Teil Deutschlands zu bringen.

Die jüngsten Massnahmen des Ulbricht-Regimes stellen ohne Zweifel das bisher unverhüllteste Eingeständnis der Angst, der Schwäche und der Ratlosigkeit dar. Einen anderen Ausweg hat die von den Sowjets gestützte Führung des sogenannten Arbeiter- und Bauernstaates nicht gefunden, als Stacheldrahtverhaue und Panzerspähwagen gegen die Freizügigkeit ihrer Bürger einzusetzen.

Was muss das für eine Führung und für ein Staatswesen sein, das seine Bürger davon abhält, die eigene Hauptstadt zu besuchen, das die Hauptstadt gegen seine eigenen Bürger militärisch abschirmen muss?

Nachdem am 17. Juni 1953 der spontane Massenversuch, die Führung durch eine Demonstration, durch eine berechtigte Äusserung der Bevölkerung zur Änderung des Kurses zu zwingen, durch die Panzer der sowjetischen Besatzungsmacht brutal und blutig zertreten worden ist, haben Arbeiter, Bauern und die Jugend mehr und mehr diesem Pseudo-Staat mit Verachtung den Rücken gekehrt. Das Ansehen dieses Pseudo-Staates

in seinem eigenen Block schwand in einem Ausmaß, dass Ulbricht nach Moskau fahren musste, um sich die Vollmachten für einen Schritt zu holen, der an sich erst mit dem separaten Friedensvertrag verwirklicht werden sollte.

Die Sowjetunion als Verantwortliche für diesen Schritt hat damit erneut unter Beweis gestellt, dass für sie Unterschriften keine Bedeutung haben.

Die allgemeine Erklärung der Menschenrechte, die am 10. Dezember 1948 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen genehmigt und verkündet worden ist, und die die Unterschrift der Sowjetunion trägt, sagt in den Artikeln 13, 14, 15 u.a.:

Jeder Mensch hat das Recht auf Freizügigkeit und freie Wahl seines Wohnsitzes innerhalb seines Staates. Jeder Mensch hat das Recht, jedes Land einschliesslich seines eigenen zu verlassen sowie in sein Land zurückzukehren. Jeder Mensch hat das Recht, in anderen Ländern vor Verfolgungen Asyl zu suchen und zu geniessen. Niemanden darf seine Staatsangehörigkeit willkürlich entzogen noch ihm das Recht versagt werden, seine Staatsangehörigkeit zu wechseln.

Die Sowjetunion hat es zugelassen, dass Menschen innerhalb eines Staates, einer Nation, eines Volkes mit Stacheldraht und Panzern gehindert werden, in den Rechten zu leben, die die Sowjetunion als einer der grössten Mächte der Vereinten Nationen mit ihrer Unterschrift für alle Menschen garantiert haben.

Es würde zu weit führen, auf die unvorstellbaren Tragödien, die in diesen Tagen in zehntausenden deutscher Familien vor sich gehen, in einzelnen einzugehen. Der Sprecher des SED-Regimes, Herr v. Schnitzler, hat diese Spaltung mitten durch alle Berliner Familien mit der Bemerkung abgetan: "Die Bürger unseres Staates werden bereit sein, einige Unbequemlichkeiten dieser Massnahmen auf sich zu nehmen".

Die Deutschen hoffen darauf, dass ihre Verbündeten in dieser Situation sie nicht im Stich lassen. Sie erwarten, dass es nicht bei schriftlichen Protestnoten und Erklärungen bleibt. Aber man kann von ihnen nicht mehr erwarten, als unser eigenes Volk bereit ist, um seiner selbst willen zu ringen und sich zu verhalten.

Die Sozialdemokratische Partei hat in dieser Stunde an alle Menschen in ihrem eigenen Lande im freien Teil Deutschlands sowie an die Bevölkerung der Welt appelliert, in dieser Situation sich solidarisch mit den Menschen im Ostsektor und der Zone unseres Landes zu verhalten. In diesen Tagen ist aus dem Teil Deutschlands, das sowjetisch besetzt ist, endgültig ein riesiges Konzentrationslager gemacht worden.

Wer bereit ist, zur Stützung des Ansehens dieses Pseudo-Staates ihm Referenzen zu erweisen, der bricht jede Solidarität der freien Völker. Wir erwarten daher in dieser Stunde, dass alle Verbindungen und Beteiligungen an offiziellen Veranstaltungen der SED und ihrer Herrschaftsmaschinerie innerhalb Deutschlands abgebrochen werden und dass auch unsere Verbündeten sich diesem selbstverständlichen Akt anschliessen. Es wäre ein Irrglaube anzunehmen, dass man im Augenblick den Menschen jenseits des nunmehr zementierten Eisernen Vorhangs hilft, wenn man Einladungen der SED-Herrschaft folgt, wenn man an ihren gesellschaftlichen Veranstaltungen, Sport, Kunst, oder wie man es alles tarnen kann, teilnimmt. Die Autorität dieser Führung im Inneren ist zusammengebrochen. Sie ist nur noch durch Panzer und Stacheldraht aufrecht zu erhalten. Wer diese Autorität von aussen her stützt, bricht die Solidarität derer, die sich freie Menschen nennen.

Zur Führung des Staates bereit !

G.M. - In Nürnberg hat sich gezeigt: Die Deutschen in der Zone, unsere Brüder und Schwestern im Ostsektor von Berlin sind nicht vergessen, sie sind nicht allein. Die 70 000, die Willy Brandt und die sozialdemokratische Mannschaft am Samstag stürmisch begrüßten, die Sozialdemokraten, die aus allen Teilen der Bundesrepublik gekommen waren und gemeinsam mit den Bürgern Nürnbergs für das Selbstbestimmungsrecht des ganzen deutschen Volkes demonstrierten, sie alle spürten, dass es an diesem Tage um viel viel mehr ging, als um eine Wahlkundgebung. Ihr Beifall während der Ansprachen von Ollenhauer, Carlo Schmid, Wilhelm Hoegner, Käthe Strobel, Max Seidel und Willy Brandt schwoll zum gewaltigen Orkan, wenn an die Deutschen jenseits der Zonengrenze erinnert, wenn ihr Schicksal dargestellt und wenn gefordert wurde, dass sich über alles Trennende hinweg die ganze Nation zusammenfinden muss, um die Teilung Deutschlands nicht endgültig werden zu lassen.

Dieser Wille zur Einheit in Freiheit ist die grosse Kraftquelle, aus der die Deutsche Sozialdemokratie seit Generationen und auch jetzt wieder ihren Anspruch auf die Führung des Staates herleitet.

Wer die Tage von Nürnberg miterlebte, wer sah und spürte, wie stolz und froh die Menschen sind, wenn Willy Brandt und Erich Ollenhauer an das Verantwortungsbewusstsein des Staatsbürgers appellierten, der weiss, dass hier Grosses im Werden ist, dass stolze Tradition und Mut zum Fortschritt die verbindenden Elemente einer besseren Zukunft unseres Volkes geworden sind.

Bekanntnis zu Mitteldeutschland

Über den Tagen von Nürnberg schwebte bereits als Vorahnung das jüngste Geschehen in Berlin. Die 70 000 wussten, dass die Deutschen in der Zone auf sie blickten. Der ständig zunehmende Flüchtlingsstrom in der vergangenen Woche kündigte bereits das Drama an.

Es war ein Bekenntnis der Treue zu den Deutschen in der Zone, als die 70 000 in Nürnberg dem Regierenden Bürgermeister von Berlin ihre freudige Zustimmung zu der Forderung gaben, stündlich und täglich bereit zum Opfer zu sein. Und sie verstanden den Kanzlerkandidaten der Sozialdemokratie, als er ausrief:

! "Der kleinere Teil des deutschen Volkes, die Menschen in der Zone, stellt den grösseren Teil unseres Volkes in der Bundesrepublik heute vor die Frage, ob wir uns der Freiheit würdig erweisen werden, ob wir uns bewähren und die Zeichen nationaler Not verstehen werden".

In Stunden wie diesen tritt das Trennende in den Hintergrund. Aber es hiesse sich selbst verleugnen, wollte ein Willy Brandt nicht auch sagen, was in der Vergangenheit von der jetzigen Regierung

versäumt wurde, und was getan werden muss, um Deutschlands Beitrag zur Entkrampfung der internationalen Spannungen sichtbar werden zu lassen. Dazu gehört, dass die Regierung dem Volke die Wahrheit sagt. Sie muss durch eigene Ideen und eigene Beiträge Einfluss nehmen auf die Politik des Westens. "Sie muss (Willy Brandt) ein vollwertiger Partner werden und darf sich nicht immer nur als Bremsen oder allzu bequemer Ja-Sager betätigen".

Das ist nicht zuviel gefordert, es ist sogar notwendig, so zu sprechen, denn die Demokratie verlangt die klare Darstellung dessen, was ist, und dessen, was sein soll. Der Staatsbürger in der Demokratie hat einen Anspruch darauf, dass seine Regierung, dass die Parteien offen mit ihm sprechen. Der Staatsbürger soll nicht mit Gerissenheit gegängelt, er soll Mitgestalter des Geschehens sein. Deshalb wurden in Nürnberg die innenpolitischen Gegner der Sozialdemokratie nicht geschont, sie wurden daran erinnert, dass sie dem Regierungsprogramm der SPD bisher nur billige Phrasen, aber keine Argumente gegenübergestellt haben. Das geschah hart, aber sachlich; oft mit Humor und Ironie.

#### Spiegelbild unseres Volkes

Auch das verstanden sie, die von nah und fern nach Nürnberg gekommen waren: die Sportler, die Kommunalpolitiker in ihren Sondertagungen und die 5 000 Sozialdemokraten, die am Samstagvormittag am Kongress in der Nürnberger Messehalle teilnahmen. Gerade hier wurde deutlich sichtbar, dass die SPD eine moderne, sich stets verjüngende Partei ist. Neben ergrauten Kämpen, die schon vor vielen Jahren Schweres auf sich nahmen, um die freie deutsche Arbeiterbewegung zum festen Fundament des demokratischen Staates zu machen, sassen und standen jene, die in der Zone in den Zuchthäusern Überlebende waren, und jene, deren Jugend zeigt, dass sie nach dem zweiten Weltkrieg den Weg zur Sozialdemokratie fanden. Junge Kommunalpolitiker an der Seite ihrer erfahrenen älteren Freunde, Frauen und Männer aus allen Schichten, Arbeiter, Minister, hohe Staatsbeamte, Bauern, Oberbürgermeister, Angestellte, Wissenschaftler und Beamte - ein lebendiges Spiegelbild unseres Volkes. Ihnen allen sprach Erich Ollenhauer aus dem Herzen, als er an die historische Wahrheit erinnerte:

"Die Geschichte unseres Volkes lehrt uns, dass die Perioden der verantwortlichen Mitarbeit der Sozialdemokratie in der Führung der politischen Geschichte unseres Volkes Perioden der friedlichen Entwicklung und der internationalen Entspannung waren. Die schrecklichen nationalen und internationalen Katastrophen der beiden Weltkriege wurden ausgelöst, als die Sozialdemokraten aus der Mitbestimmung über das Schicksal unseres Volkes ausgeschaltet oder als sie, wie im Nationalsozialismus, unterdrückt und vergewaltigt wurden. Jede Stärkung der Sozialdemokratie in einer gefahrengeordneten Zeit ist eine Stärkung des Friedens und der Verständigung".

Die Tage von Nürnberg, das Deutschland-Treffen der SPD, liegen hinter uns. Sie werden als Erlebnis bleiben. Die grosse Deutsche Sozialdemokratie hat unüberhörbar ihren Anspruch auf die Führung des Staates angemeldet.

## Ein Beispiel für Städte- und Wohnungsbau

### Die Neue Vahr in Bremen

sp - Es wird neuerdings viel davon gesprochen, der Wohnungsbau müsse nun künftig in einen Städtebau übergeleitet werden. Der Wohnungsbauminister vertritt diese These in zahlreichen Reden und Publikationen immer wieder. Es ginge künftig darum, den Wohnungsbau zum Städtebau zu machen und eine Neuordnung unserer Städte und eine Neugestaltung unserer Dörfer einzuleiten. Es wird angekündigt, dass der Wohnungsbauminister mit dem Bundeskanzler diese erst künftig mögliche Verbindung von Wohnungsbau und Städtebau zusammen herausgefunden und als zukünftiges Programm festgelegt hätten. In einer grossen Siedlungsrichtfeier am 1. September soll dies, als Wahlhilfe organisiert, erneut kundgemacht werden.

### Städtebauliches Vorbild

In dieser Proklamation liegt eine sehr schwere und harte Anklage gegen die eigene Wohnungspolitik, die jetzt 12 Jahre betrieben worden ist, denn wenn dort der Wohnungsbau noch nicht als Glied und Teil des Städtebaus behandelt worden ist, dann werden diese ein glattes Eingeständnis eigener Unvollkommenheit. Aber man braucht nicht mehr bis zum 1. September und bis zur Verkündung dieser alten Weisheiten warten.

Der kleine aber so übersaus aktive Stadtstaat Bremen, der seit 1946 unter sozialdemokratischer Führung steht, kann in diesen Tagen in der Feier über die Verwirklichung der grossen Wohnungs- und Siedlungsmassnahme in der Bundesrepublik bestätigen, dass Wohnungsbau und Städtebau zusammen gehören und dass der Wohnungsbau immer ein gestaltender und ordnender Teil jedes guten Städtebaus ist, der von einer gesellschaftspolitischen Konzeption aus bestimmt wird. In Bremen ist längst - wie auch in vielen anderen Städten der Bundesrepublik - moderner, grosszügiger, weiträumiger und vielfältiger Städtebau in einer Massnahme des Wohnungsbaus praktisch verwirklicht worden. Hier werden nicht erst alte Grundsätze neu verkündet, hier stehen vielmehr annähernd 10 000 neue moderne Wohnungen bereits in einer städtebaulichen Neugestaltung in einem völlig neuen Vorort oder Stadtteil von Bremen. Hier ist die städtebauliche Neugestaltung in bester, auch internationaler anerkannter Form bereits praktisch Wirklichkeit geworden.

### Lebendiger Rhythmus einer modernen Stadt

Bremen ist im Krieg zu 54 % zerstört worden. Bisher sind in Bremen insgesamt 57 000 Wohnungen neu gebaut worden, davon 75 000 als öffentlich geförderte soziale Wohnungen und zu Mieten und Belastungen, die noch nach den Grundsätzen des 1. Wohnungsbaugesetzes und eines speziellen Bremer Baugesetzes wirklich tragbar sind. Kernstück dieses sozialen Wohnungsbaus in Bremen ist dieser grosse jetzt rund 10 000 Wohnungen umfassende neue Stadtteil Vahr. Hier ist der Rhythmus einer modernen Stadt lebendig gemacht worden. Es gibt keine uniformierte Siedlungsgestaltung derart, dass etwa nur kleine und Einzelhäuser gebaut wären, wie in vielen anderen, auch amerikanischen Stedterweiterungen. Aber es gibt auch nicht die Massierung nur von Miethäusern an den Straassenrändern, wie in den alten Stadtgebieten. In grossräumigen und reich durchgrünter Anlagen mit breiten Verkehrsbändern und stiller Wohnstrassen sind sowohl Mehrfamilienhäuser, aber auch ganze Reihen von Ein- und Zweifamilienhäusern, Hochhäusern, Kulturgebäude und wohlorganisierte Geschäftsviertel in einem neuen Lebens- und Stadtrhythmus zusammen komponiert.

In der Neuen Wahr sind:

786 Wohnungen in 2-geschossigen,  
5 800 Wohnungen in 3 - 5-geschossigen Bauten errichtet,  
2 454 Wohnungen in 6-geschossigen,  
717 Wohnungen in 14-geschossigen Bauten,  
189 Wohnungen sind in dem 22-geschossigen Hochhaus.  
Professor Alvar Aalto (Finnland) ist der Architekt.

Hier sind die Menschen nicht nur in einer Schlafstadt untergebracht, sondern sie leben in einer neuen Wohnstadt mit allen Einrichtungen und Möglichkeiten, die für moderne Menschen zu einem guten Wohnen erforderlich sind.

Heimat für 40 000 Menschen

Für die Bebauung dieser neuen Großstadt sind auch Bundesmittel und ebenso Lastenausgleichsmittel eingesetzt worden. Aber das meiste der notwendigen Finanzierung hat die Stadt Bremen selbst aufgebracht oder es ist aus dem Kapitalmarkt mit Hilfe von Bremer Bürgerschaften und Zinszuschüssen beschafft worden. Die neue Stadt bietet alles in allem rund 40 000 Menschen eine neue Heimat. Dabei ist gleichzeitig die Luftreinigung sichergestellt, da alle Wohnungen zentralbeheizt sind, so dass nur ein einziger Kaminstein in einem besonderen Fernheizwerk vorhanden ist. Dass die Wohnungen auch sonst bestens ausgestattet sind, ergibt sich aus der ganzen Anlage, trotzdem sind die Mieten im Durchschnitt nur bei 1,18 DM/qm Wohnfläche stehen geblieben, dieses dank des Bremer Wohnungsbaugesetzes und der Bremer Zinszuschüsse. Zu dieser gleichen einheitlichen Grundmiete für alle Wohnungen kommen zwar noch je nach der Ausstattung unterschiedliche Ausstattungszuschläge, aber diese betragen im Schnitt auch nur höchstens 0,20 DM/qm Wohnfläche. Daraus ist ersichtlich, dass die Mieten dieser sozialen Wohnungen selbst unter Berücksichtigung der Ausstattungszuschüsse unter den Mieten liegen, die sich jetzt und künftig im öffentlich geförderten Wohnungsbau ergeben.

Unerreicht in der Bundesrepublik

In einer Pressebesprechung haben der Geschäftsführer der Gewoba Bremen, Rütze, der Aufsichtsratsvorsitzende der Gesellschaft Holjahn, Senatspräsident Keison und Bausenator Balke den Sinn und die Bedeutung der Bremer Leistungen auf dem Gebiete des sozialen Wohnungsbaues demonstriert an dem Beispiel der Neuen Wahr, eindringlich der in- und ausländischen Presse in eindrucksvoller Weise dargestellt. Alle Teilnehmer waren von dem Erfolg dieses gewaltigen Werkes beeindruckt. Es wurde anerkannt, dass hier in dem Zusammenwirken der politischen Kräfte in der Demokratie unter sozialdemokratischer Führung etwas Gewaltiges und für die Bundesrepublik bisher Unerreichtes geschaffen worden ist. Schon rüstet sich Bremen für neue grössere Wohnungsbaumaßnahmen ähnlicher Art, wozu Bürgerschaft und Senat ein 2. Bremer Wohnungsbaugesetz vor kurzem beschlossen haben. Als Vertreter der Gemeinnützigen Wohnungswirtschaft brachte Dr. Brecht zum Ausdruck, dass dieser Erfolg und dieses wohnungspolitische Ergebnis erreicht werden konnte, weil die Stadt und die politischen Kräfte mit einem Gemeinnützigen Wohnungsunternehmen planmäßig und systematisch zusammengearbeitet haben. Diese Zusammenarbeit aller Kräfte hat ermöglicht, dass in der unwahrscheinlichen kurzen Zeit von vier Jahren ein so gewaltiger Erfolg in einem Werk des sozialen Wohnungsbaues unter sozialdemokratischer Führung erreicht werden konnte.

Aus dem Zeitgeschehen:

Weil er nur Volksschüler ist

Examen mit Auszeichnung, und trotzdem "ungeeignet"

Er ist natürlich stolz darauf, denn viele seiner Studienkollegen haben im Gegensatz zu ihm ein Gymnasium besucht und dort das Abitur gemacht.

Nach der Volksschule war Heinz zunächst in eine Lehre gegangen und hatte seine Gesellenprüfung abgelegt. Nach Feierabend aber verschanzte er sich eifrig hinter seinen Lehrbüchern, und nach dem Besuch eines halbjährigen Seminars bestand er eine vom Kultusministerium in Rheinland-Pfalz abgenommene Eignungsprüfung. Dieses Examen entspricht zwar nicht ganz der Mittleren Reife, es ist jedoch ein ausreichender Bildungsnachweis für den Besuch einer Reihe von Fachschulen, darunter solcher für Sozialarbeit.

Das hervorragende Abschneiden an einer Fachschule eröffnet in der Regel im Rahmen des sozialen Berufes zahlreiche Möglichkeiten. Unter anderem werden qualifizierte Sozialarbeiter auch in das Beamtenverhältnis des gehobenen Dienstes aufgenommen.

Für Heinz scheint eine solche Möglichkeit trotz seines guten Abschlusses jedoch nicht gegeben. Ein Freund von ihm hat nämlich denselben Ausbildungsgang durchlaufen. Vor einigen Wochen wurde ihm nun vom bayrischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus mitgeteilt, dass seine in Rheinland-Pfalz abgelegte Eignungsprüfung für die Aufnahme in eine bayrische Fachschule zwar als ausreichender Bildungsnachweis angesehen werden könne; dennoch komme er in Bayern für das Beamtenverhältnis des gehobenen Dienstes nicht in Frage. Möglich wäre dies nur, wenn er regulär an einer höheren Schule die Mittlere Reife erworben hätte.

Heinz stellt nun fest: Mein Examen war das beste an der Fachschule. Die besseren Berufschancen haben aber meine Kameraden, die vorher ein Gymnasium besucht haben, obwohl sie in der Fachschule schlechter abschnitten als ich.

Hoffentlich handelt es sich hier nur um eine Panne, deren Ursache in einer veralteten Laufbahnverordnung zu suchen ist. Denn gerade in Bayern wird sonst nach der Parole "Freie Bahn dem Tüchtigen" gehandelt. Oder sollte man tatsächlich Interesse daran haben, durch eine veraltete Verordnung manch Tüchtigen vom Beamtenstempel fernzuhalten?

Entnommen aus: Junge Stimme der Arbeit

Evangelische Wochenzeitung

+ + +

-----  
Verantwortlich: Günter Markscheffel